

Björn Günther ist zurückhaltend. Er wählt seine Worte bedächtig, spricht nur über Sachverhalte, die ihm vertraut sind. Doch wenn es um den Bund der Vertriebenen (BdV) geht, fällt sein Urteil radikal aus. Dieser habe sich „überlebt“: „Er hat keine neuen Aufgaben für sich gefunden. Bernd Fabritius wird wohl der letzte Präsident sein.“

Björn Günther ist kein eingefleischter politischer Gegner der Vertriebenen. Ganz im Gegenteil. 24 Jahre lang arbeitete der studierte Germanist und Historiker in der Geschäftsstelle des BdV in Bonn. Er organisierte Veranstaltungen und Ausstellungen des Verbands, beriet dessen Mitgliedsverbände und beteiligte sich an der politischen Lobbyarbeit für Vertriebene in Deutschland.

Doch seit zwei Jahren betrachtet er die Verbandsarbeit nicht mehr von innen, sondern von außen. Am 17. Juli 2012 erhielt er die erste von mehreren Kündigungen. Zwar bescheinigte ihm das Arbeitsgericht Bonn mehrfach, dass diese nicht wirksam seien, doch dies änderte nichts daran, dass ihm die Rückkehr an seinen alten Arbeitsplatz verwehrt blieb.

Hinter dem Rausschmiss steckt der seit Jahrzehnten schwelende Streit über die Anzahl der Mitglieder des BdV. Dieser Streit hat Björn Günther seinen Job gekostet. Doch er könnte auch die Existenz des BdV gefährden. Denn warum sollte ein Verband, der nicht weiß, wie viele Mitglieder er vertritt, in den Genuss einer öffentlichen Förderung von knapp einer Million Euro kommen?

Die Frage lautet also: Wie viele Menschen engagieren sich wirklich unter dem Dach des Bundes der Vertriebenen mit seinen 16 Landesverbänden, 20 Landsmannschaften und vier weiteren Mitgliedsverbänden? Sind es tatsächlich 1,3 Millionen Mitglieder, wie der BdV immer wieder versichert? Oder ist der ehemals mächtige Verband auf unter 300.000 Mitglieder zusammengeschrumpft, wie Björn Günther schätzt?

Zur Erinnerung: Durch Flucht und Vertreibung verloren nach dem Zweiten Weltkrieg rund zwölf Millionen Menschen aus Ostdeutschland, dem Sudetenland und den südosteuropäischen Siedlungsgebieten ihre Heimat. Der 1959 gegründete BdV kümmert sich um die Integration der deutschen Kriegsflüchtlinge in der Bundesrepublik. Seit 1970 fördert das Bundesinnenministerium die Bundesgeschäftsstelle des BdV in Bonn. Im Jahr 1999 wurde die institutionelle Unterstützung nach Angaben des Ministeriums von 1,6 Millionen Euro auf 920.000 Euro pro Jahr verringert.

Mittlerweile liegt der jährliche Zuschuss bei 969.000 Euro, obwohl die Zahl der Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle deutlich gesunken ist. Hinzu kommen Mittel für die Förderung von Projekten, die ein „friedliches Miteinander mit den Völkern Ostmittel- sowie Ost- und Südosteuropas fördern“.

Für Verständigung und Versöhnung in Europa engagieren sich in Deutschland viele Organisationen, darunter auch das im Dezember 2000 gegründete „Deutsche Kulturforum östliches Europa“. Es dient als Plattform für die Vernetzung der Institutionen und Initiativen, die in diesem Bereich aktiv sind. Auch auf den Bund der Vertriebenen wird auf der Homepage des Kulturforums verwiesen.

Doch welche Rolle spielt der BdV bei diesem Dialog? Und welche Rolle spielt die traditionelle Vertriebenen-Politik in einem vereinten Europa? Welchen Beitrag können Enkel und Urenkel von Heimatvertriebenen zur Völkerverständigung leisten? Bedeutet der Übergang von der sogenannten Erlebnis-Generation zur Bekenntnis-Generation auch einen politischen Wandel?

Der neue BdV-Präsident Bernd Fabritius, 1965 in rumänischen Agnetheln in Siebenbürgen geboren, bejaht dies. „Wir wollen in Zukunft stärker den nachgeborenen Generationen der Heimatvertriebenen und sogar den Heimatverbliebenen – also den Deutschen in den Herkunftsgebieten im Osten Europas – eine wirksame Interessenvertretung bie-

ten“, erklärt er gegenüber der FR (siehe Interview). „Der Brückenschlag in unsere Herkunftsgebiete und der Einsatz für unsere Landsleute dort sind zukunftsweisende Aufgaben in einem Europa der Kulturen.“

Ja, auch beim Bund der Vertriebenen scheinen die Zeiten des Revisionismus vorbei zu sein. Die Forderungen des ehemaligen BdV-Präsidenten Herbert Czaja (1970–1994), der auch nach der deutschen Wiedervereinigung noch Ansprüche auf die „deutschen Ostgebiete“ stellte, werden heute kaum noch von jemanden erhoben.

## Deutschland, wo sind deine Vertriebenen?

Ein ehemaliger Mitarbeiter des Bundes der Vertriebenen behauptet, der Verband habe weitaus weniger als 1,3 Millionen Mitglieder

Von Astrid Prange

Damals, so resümiert Björn Günther, katapultierte sich der BdV durch einen Rechtsruck ins politische Aus. Die neue Ostpolitik unter dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt sei unter den Vertriebenen auf Ablehnung gestoßen. Sie hätten sich gegen politische Zugeständnisse an den kommunistischen Ostblock gewehrt. Für Günther liegen in dieser Zeit die Gründe für den schleichenden Niedergang des BdV.

„Der Verband war in den frühen 50er Jahren und später bis in die 70er Jahre erfolgreich beim Lastenausgleich und der Integration von über zehn Millionen Vertriebenen in Deutschland“, erklärt er. Danach habe die neue Ostpolitik zu einem Rechtsruck der führenden Funktionäre geführt. „Wobei man nicht außer Acht lassen sollte“, so Günther, „dass die Gründungsfunktionäre bereits rechts waren, teilweise sogar ehemalige NSDAP-Mitglieder – und Funktionäre.“

25 Jahre nach der Wiedervereinigung erscheinen Debatten über die Oder-Neiße-Grenze oder den Lastenausgleich wie aus der Zeit gefallen. Die Generation der Vertriebenen stirbt aus, ihre Enkel und Urenkel kennen „die Heimat“ meistens nur noch aus Erzählungen, die Mundart ihrer Vorfahren ist ihnen fremd, ein freies, offenes Europa scheint für sie selbstverständlich zu sein.

„Die Mitglieder der Landsmannschaften sehen sich heute nicht mehr als Opfer oder Geschädigte“, meint Sebastian Husen, Geschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen in Hamburg. „Viele politische Anliegen haben sich von selbst erledigt. Durch das Zusammenwachsen Europas haben wir haben ganz viel gewonnen“, sagt er begeistert.

Die Ansprüche auf ehemalige deutsche Ostgebiete sind erloschen, die Mauer ist gefallen, Europa wächst zusammen. Brauchen die Vertriebenen überhaupt noch eine politische Interessenvertretung in Berlin? Und wenn ja, wen vertreten sie, die „Heimatverbliebenen“ oder die Flüchtlinge, die jetzt nach Deutschland kommen?

Die Debatte darüber ist auch im BdV in vollem Gang. Präsident Bernd Fabritius will mehr über Inhalte und weniger über Mitglieder sprechen. „Das kollektive Schicksal bleibt das gleiche, egal, ob der Verband nun 1,3 Millionen oder 2,5 Millionen Mitglieder hat“, sagt er. „Auch meine Nichten, die in der Bundesrepublik geboren sind, sehen sich als Siebenbürger Sachsen. Auch ihre Interessen werden durch den BdV vertreten.“

Der Abgeordnete Klaus Brähmig, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen in der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, sieht das genauso. „Die nationale Bedeutung eines Themas bemisst sich nicht an der Mitgliederzahl eines Verbandes wie dem BdV. Die historische Bedeutung des deutschen Ostens für unser Land bleibt unabhängig vom Thema Flucht und Vertreibung bestehen.“

Das klingt einleuchtend, doch warum behandeln dann viele Landsmannschaften und Landesverbände ihre Mitgliederzahlen als Geheimnis? Besonders auffällig ist die Diskrepanz in Nordrhein-Westfalen. Laut Eigenauskunft gehören dem BdV-Landesverband 230.000 Heimatvertriebene an. Doch ausgerechnet bei diesem anscheinend so mitgliederstarken Landesverband ist die Beratung für Migranten und Aussiedler bereits seit zwei Jahren eingestellt worden.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbands in Nordrhein-Westfalen scheint ebenfalls zum Erliegen gekommen. Der letzte auf der Homepage veröffentlichte Jahresbericht stammt aus dem Jahr 2011. Geschäftsführer Markus Patzke ist für Nachfragen nicht zu erreichen. Und die von ihm verantwortete BdV-Monatszeitschrift „Deutscher Ostdienst“ erscheint nur noch alle zwei Monate.

Auch andere große Landsmannschaften, wie die der Schlesier, Sudeten oder Ostpreußen, arbeiten nur mit vagen Schätzungen. Eine der wenigen Ausnahmen ist der Verband der Siebenbürger Sachsen, dem auch der neue BdV-Präsident Fabritius angehört. Die akkurat geführte Mitgliederkartei weist 21.000 Einträge auf.

Uta Schullerus von der Mitgliederverwaltung ist aufrichtig und schonungslos: „Vor ein paar Jahren hatten wir noch 27.000 Mitglieder. Das wird einmal aufhören“, klagt sie. „Die Jungen können der Vergangenheit nicht nachweinen, weil sie sie nicht kennen, und die Großmutter ist schon gestorben, so krass ist das!“

Auch der Bund der Vertriebenen scheint sich seiner Zukunft nicht mehr sicher zu sein. Die Causa Björn Günther beschäftigte die Anwälte des BdV über Jahre und offenbart dessen schwierige Lage. Denn der Verband leidet offenbar nicht nur an der demografischen Entwicklung, sondern auch an einem geringer werdenden Aufgabenspektrum. So erläutern die Anwälte des BdV in einem Schreiben an das Arbeitsgericht Bonn vom 5. November 2012, dass „es in den letzten Jahren so gut wie keine zentralen Veranstaltungen der Bundesgeschäftsstelle mehr gab, und dass sich daran auch künftig nichts ändern wird“.

Weniger Aufgaben, weniger Mitarbeiter – die Begründung für die Kündigung von Björn Günther klingt einleuchtend. Seit 2011 hat sich die Anzahl der Mitarbeiter in der Bonner Bundesgeschäftsstelle durch Kündigungen und altersbedingtes Ausscheiden von zwölf auf etwa sieben Vollzeitstellen reduziert.

Der neue Generalsekretär Klaus Schuck hat sich schon vor Jahren ein zusätzliches berufliches Standbein geschaffen; er ist im Nebenjob Hauptgeschäftsführer der OMV (Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU) in Berlin.

Da drängt sich die Frage auf, warum die Aufgaben in der BdV-Geschäftsstelle abnehmen, obwohl die Mitgliederzahlen anscheinend unverändert bleiben.

Nur in einem Punkt sind sich Björn Günther und sein ehemaliger Arbeitgeber einig: Es gibt keine verlässlichen Angaben über den Mitgliederbestand der Mitgliedsverbände des BdV. „Frau Steinbach (Ex-Präsidentin des BdV; Anm. d. Red.) wie auch andere haben auf Anfrage genau dies gesagt“, heißt es in dem Anwaltsschreiben. „Was daran schädlich sein soll, die Wahrheit zu sagen, ist nicht nachvollziehbar.“

Björn Günther will die ganze Wahrheit wissen: „Da von einer jährlichen Sterberate von zwei bis drei Prozent auszugehen ist, wären wir jetzt bei deutlich unter 300.000 Mitgliedern.“ Er ist mit seinen Zweifeln nicht allein.



Ein Mann trägt die Tracht aus dem Kuhländchen, der einstigen Heimat Zehntausender Sudetendeutscher.

DPA

## „Unsere Empathie ist authentisch“

Bernd Fabritius über Mitgliederzahlen, Einnahmen und das Brückenbauen

**Herr Fabritius, werden Sie als neuer BdV-Präsident eine neue Mitgliedererhebung vornehmen? Auf welchen Angaben beruht die Zahl der 1,3 Millionen Mitglieder? Sind das Angaben der Landesverbände und Landsmannschaften und wenn ja, aus welchem Jahr stammen sie?**

Nach der Addition der Mitteilungen unserer Mitgliedsverbände liegt die Mitgliederzahl bei den im Bund der Vertriebenen zusammengeschlossenen Mitgliedsverbänden bei 1,3 Millionen. Die Erhebung fand im ersten Quartal 2011 statt. Demnach besteht aktuell kein Anlass zu einer neuen Erhebung. Letztendlich bleibt das kollektive Schicksal das gleiche, egal ob der Verband nun 1,3 Millionen oder 2,5 Millionen Mitglieder hat. Entscheidend ist die selbst empfundene Identität. Auch meine Nichten, die in der Bundesrepublik geboren sind, sehen sich als Siebenbürger Sachsen. Auch deren Interessen werden durch den BdV vertreten.

**Die Höhe der Mitgliedsbeiträge steht in einem krassen Missverhältnis zu den Mitgliederzahlen. Viele Landesverbände und auch Landsmannschaften kämpfen mit finanziellen Problemen, da ihre Mitglieder entweder kein Geld für den Mitgliedsbeitrag haben, weil sie eine schmale Rente haben oder bereits gestorben sind. Was planen Sie als neuer BdV-Präsident, um diese schlechende demografische Entwicklung abzufedern?**

Der BdV erhält keine Mitgliedsbeiträge von Einzelpersonen, sondern Beiträge seiner Mitgliedsorganisationen, nämlich der Landesverbände und Landsmannschaften. Auch dieser Beitrag liegt unverändert bei rund 100.000 Euro. Es liegt zwar auf der Hand, dass viele Mitglieder der im BdV vereinten Verbände der Generation 65+ angehören. Die in den letzten Jahrzehnten zu uns gekommenen Aussiedler und Spätaussiedler, die sich unseren Mitgliedsorganisationen angeschlossen haben, weisen aber eine ganz andere Altersstruktur auf. Letztlich ändert sich auch die öffentliche Einstellung zum BdV, weil verstärkt der tatsächliche Inhalt unserer Arbeit wahrgenommen wird. So wird z.B. die Einführung eines bundesweiten Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung, gerade vor dem aktuellen Flucht- und Vertreibungsgeschehen, positiv aufgenommen. Es ist zunehmend Rückhalt und Verständnis für das Thema Flucht und Vertreibung in der gesamten Bevölkerung festzu-

stellen. Das verständigungspolitische Wirken des BdV und seiner Mitgliedsverbände wird vermehrt nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf höchster politischer Ebene gewürdigt. Außerdem erzeugt zum Beispiel die von Vertriebenen und Aussiedlern organisierte, grenzüberschreitende Kulturarbeit ein breites Interesse auch jenseits der Verbandsmitgliedschaft. Letztlich sind der Brückenschlag in unsere Herkunftsgebiete und der Einsatz für unsere Landsleute dort spannende und zukunftsweisende Aufgaben, gerade in einem „Europa der Kulturen“.



**Bernd Fabritius** ist neuer Präsident des Bundes der Vertriebenen und sitzt für die CSU im Deutschen Bundestag.  
HENNING SCHACHT

**Die Integration der Millionen von Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland ist eine Erfolgsgeschichte. Worin besteht 70 Jahre später die Aufgabe des BdV? Gibt es noch deutsche Vertriebene, für die sich der BdV einsetzt? Aussiedler sind ja im strikten Sinne keine Vertriebenen.**

Doch! Aussiedler und Spätaussiedler sind durchaus Vertriebene. Die Verschleppung der gesamten arbeitsfähigen deutschen Zivilbevölkerung zu jahrelanger Zwangsarbeit in russischen Arbeitslagern, die ethnisch bedingte Entrechtung und anhaltende Benachteiligung haben zu einem Vertreibungsdruck und schließlich zur Aussiedlung geführt. Somit sind die Vertreibungen der Deutschen in Ost- und Mitteleuropa während des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach als Teil eines historischen Prozesses zu sehen, der noch über Jahrzehnte hinweg – nämlich bis zum Zusammenbruch des Ostblocks – anhält. Ich selbst habe zum Beispiel noch bis 1984 im Rumänien Ceausescus gelebt und kenne die Unmenschlichkeit des kommunistischen Systems sowie die vorher angesprochenen ethnisch bedingten Benachteiligungen der Deutschen in den Ländern des Ostblocks aus eigener Erfahrung sehr gut. Nichtsdestotrotz wollen wir in Zukunft stärker auch den nachgeborenen Generationen der Heimatvertriebenen und sogar den Heimatverbliebenen – also den Deutschen in den Herkunftsgebieten im Osten Europas – eine wirksame und in die Zukunft führende Interessenvertretung bieten. Der BdV wird also auch in Jahrzehnten noch genügend Aufgaben zu erfüllen haben.

**Was unterscheidet den BdV von anderen Verbänden, die sich gegen Flucht und Vertreibung einsetzen und Brücken bauen wollen?**

Wir haben die eigene Vertreibung als Teil der gesamten deutschen, kollektiven Biografie im Fokus. Von anderen Verbänden unterscheiden wir uns schon dadurch, dass unsere Mitglieder selbst oder in ihren Familien Vertreibung als Lebenstrauma erlebt haben. Unsere Empathie ist authentisch und damit ehrlich. Aus eigener Erfahrung fordern wir besonders glaubwürdig, weltweit Flucht und Vertreibung zu verhindern und nicht lediglich deren Symptome zu lindern. Gleichrangiges Ziel muss die Bekämpfung der Ursachen sein. Die Mitglieder unserer Landsmannschaften und Landesverbände sind aufgrund ihrer Biografie natürliche Brückenbauer zwischen Deutschland und den Ländern Ost- und Mitteleuropas. Diese Brücken werden seit langem genutzt. In naher und ferner Zukunft werden darüber noch mehr Menschen verständnisvoll und geschichtsbewusst aufeinander zugehen. Die älteren, aber gerade auch die jüngeren Mitglieder kennen sich sowohl in der hiesigen als auch in der Kultur unserer Herkunftsländer bestens aus, so dass ihnen interkulturelle Kompetenzen quasi in die Wiege gelegt sind. Dieses Wissen qualifiziert uns zu Botschaftern eines gemeinsamen Europa.

Interview: Astrid Prange